**Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten
für Vergabeverfahren und Verträge mit dem RZF
nach Artikeln 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
(Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016)**

<p>Namen und Kontaktdaten des für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen:</p>	<p>Rechenzentrum der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen Roßstraße 131 40476 Düsseldorf Telefon: 0211/4572-0 Poststelle-5011@fv.nrw.de</p>
<p>Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten:</p>	<p>Die Datenschutzbeauftragte / den Datenschutzbeauftragten des Rechenzentrums der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen (RZF) erreichen Sie per E-Mail unter Datenschutzbeauftragte_RZF@fv.nrw.de oder über die Adresse</p> <p>Rechenzentrum der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r Roßstraße 131 40476 Düsseldorf Telefon: 0211/4572-0</p> <p>Hinweis zur Elektronischen Post (E-Mail) Informationen, die Sie unverschlüsselt per Elektronischer Post (E-Mail) an uns senden, können möglicherweise auf dem Übertragungsweg von Dritten gelesen werden. Wir können in der Regel auch Ihre Identität nicht überprüfen und wissen nicht, wer sich hinter einer E-Mail-Adresse verbirgt. Eine rechtssichere Kommunikation durch einfache E-Mail ist daher nicht gewährleistet. Für die Übermittlung schutzwürdiger Nachrichten empfehlen wir, Ihr Anliegen auf dem konventionellen Postweg an den/die Datenschutzbeauftragte/-n zu senden.</p>
<p>Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten:</p>	<p>a) <u>Zweck der Verarbeitung:</u> Das RZF erhebt und verarbeitet als zivilrechtliche Vertragspartei personenbezogene Daten, die zum Abschluss und zur Erfüllung eines Vertrags erforderlich sind.</p> <p>Personenbezogene Daten im Zusammenhang mit Verträgen werden dabei im Einzelnen erhoben und verarbeitet für die</p> <ul style="list-style-type: none"> - Durchführung eines Vergabeverfahrens, - vorvertragliche Maßnahmen zur Vertragsanbahnung, z. B. <ul style="list-style-type: none"> - Einholung von Angeboten, - Anfragen zur Markterkundung, - Erteilung von Aufträgen,

	<p>- Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Pflege, und Änderung von Vertragsunterlagen, - der Beendung von Verträgen sowie die - Vertragsabwicklung (z. B. Reklamationen).</p> <p>b) <u>Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung:</u> Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c i. V. m. Art. 6 Abs. 3 DSGVO und § 55 Landeshaushaltsordnung NRW (LHO NRW).</p> <p>Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:</p> <p>Im Vergabeverfahren sind Sie als Bewerber bzw. Bieter verpflichtet, die geforderten Angaben zu machen. Falls Sie diese Angaben nicht machen, kann Ihr Angebot/Teilnahmeantrag nach den vergaberechtlichen Vorschriften vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.</p>
<p>Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener Daten</p>	<p>Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen (Verwaltungsvorschrift (VV) Nr. 4.7.2 zu § 79 Landeshaushaltsordnung NRW (LHO NRW)). Rechnungsunterlagen sind danach zehn Jahre aufzubewahren.</p>
<p>Empfänger von personenbezogenen Daten</p>	<p>Personenbezogene Daten dürfen an andere Personen oder Stellen weitergegeben werden, wenn die betroffene Personen dem zustimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist. Ihre Daten werden für Ihre künftige oder bestehende Vertragsbeziehung mit dem RZF an Empfänger außerhalb des zuständigen Fachreferats im erforderlichen Umfang weitergegeben. Empfänger ihrer Daten können dabei sein: andere Referate des RZF, andere Behörden der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen einschließlich der Oberfinanzdirektion NRW und der Finanzämter sowie weitere zuständige Bundes- oder Landesbehörden.</p> <p>Im Vergabeverfahren bestehen folgende Besonderheiten: Nach §§ 6 ff. Korruptionsbekämpfungsgesetz meldet die Vergabestelle der/dem im Land Nordrhein-Westfalen eingerichteten zentralen Informationsstelle/Vergaberegister beim Ministerium der Finanzen des Landes NRW solche Bieter, die wegen schwerer Verfehlungen von der Teilnahme am Vergabeverfahren zeitlich befristet ausgeschlossen wurden oder bei denen wegen geringfügiger Verfehlungen auf einen Ausschluss verzichtet wurde. Die Vergabestelle fragt bei Aufträgen ab einer Höhe von 25.000 Euro ohne Umsatzsteuer bei der v. g. Informationsstelle an, ob hinsichtlich des Bieters, der den Zuschlag erhalten soll, Eintragungen im Vergaberegister vorliegen.</p>

	<p>Unterhalb von 25.000 Euro ohne Umsatzsteuer liegt die Anfrage im Ermessen der Vergabestelle.</p> <p>Nach § 19 Abs. 4 Mindestlohngesetz fordert die Vergabestelle bei Aufträgen ab einer Höhe von 30 000 Euro ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung an.</p> <p>Bei allen Vergabeverfahren sind auf Verlangen der Bieter, die nicht für den Zuschlag berücksichtigt worden sind, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters mitzuteilen.</p> <p>Nach Durchführung einer Beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb oder einer Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb jeweils ab 25.000 Euro ohne Umsatzsteuer werden für die Dauer von drei Monaten über jeden so vergebenen Auftrag der Name des beauftragten Unternehmens oder der natürlichen Person bekanntgegeben.</p>
<p>Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten</p>	<p>Ihre Rechte als betroffene Personen ergeben sich aus den Artikeln 15 bis 18 und 21 DSGVO i. V. m. §§ 12-14 Datenschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (DSG NRW) und können von Ihnen gegenüber dem RZF geltend gemacht werden:</p> <p>Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO) Es besteht ein Recht auf Auskunft der vom RZF im Zusammenhang mit Ihrem Vertrag verarbeiteten personenbezogenen Daten.</p> <p>Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO) Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die den Bewerber/Bieter bzw. den Vertragspartner betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind. Unvollständige Daten können vervollständigt werden.</p> <p>Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO) Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten zur Erfüllung der Aufgaben des RZF noch benötigt werden (s. a. Dauer der Speicherung).</p> <p>Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung seiner Daten als Bewerber/Bieter bzw. Vertragspartner zu verlangen, sofern nicht ein wichtiges öffentliches Interesse dem entgegensteht (z. B. wirtschaftliche Verwendung von Haushaltsmitteln).</p>

	<p>Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO) Es besteht das Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Bewerbers/Bieters bzw. Vertragspartners ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht (z. B. Durchführung des Vergabeverfahrens).</p> <p>Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz nach Art. 15 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO (s. u.).</p>
<p>Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde:</p>	<p>Sie haben außerdem das Recht, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz Beschwerde einzulegen, wenn Sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO bzw. sonstige datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:</p> <p>Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen Kavalleriestraße 2-4 40213 Düsseldorf Telefon: 0211/38424-0 E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de Internet: www.ldi.nrw.de</p>

Eine Informationspflicht bei der Erhebung personenbezogener Daten bei Dritten (bspw. Eignungsnachweise dritter Personen) besteht nach Artikel 14 Abs. 5 Buchstabe c) DSGVO nicht, da die Datenerhebung im Rahmen des Vergabeverfahrens ausdrücklich geregelt ist und dort zum Schutz der Interessen der betroffenen Personen eine vertrauliche Behandlung der Daten vorgesehen ist (§ 55 Landeshaushaltsordnung NRW, §§ 3, 6 Unterschwellenvergabeordnung).